

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : vom Chaos zur Ordnung ; Die west-östliche Spannung ; Russlands Sicherheitsstreben ; Kapitalismus gegen Sozialismus? ; Die notwendige Umkehr ; Die Erhebung der farbigen Welt ; Die französische Krise ; Erstarkende Reaktion ; Das deutsche C...

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138809>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Tatsache, daß Sie sich mit zwei Rechtsparteien verbunden haben und manche Gespräche, die ich mit Leuten aus Ihren Reihen, und aus den beiden andern Parteien geführt habe, weisen darauf hin, daß auch Sie sich sehr weitgehend von politischen Motiven haben leiten lassen: der Pfarrer steht links, also weg mit ihm! Ist das wirklich ein so gutes, evangelisches und christliches Argument? Ich meine, daß es für den Pfarrer so gut wie für jeden von Ihnen eine bürgerliche und politische Freiheit gibt, und daß er unbeschadet seines Amtes, sich so verhalten soll und darf, wie seine in Gottes Wort und Wahrheit begründete Ueberzeugung es von ihm verlangt. Daß aber das Evangelium eine ganz bestimmte Tendenz hat, nämlich den Armen, den Schwachen, den Bedrängten, den Unterdrückten, den Unrechtleidenden beizustehen und gegen allen Reichtum, gegen die Gewalt und Unwahrheit streitet, und daß in diesem Sinn das Evangelium selbst „links“ steht oder sagen wir vorsichtiger: links tendiert, das ist die Wahrheit, die Sie entweder nicht sehen oder nicht sehen wollen.

Im Grunde ist aber wohl noch eine tiefere als eine bloß politische Beunruhigung da. Sie spüren es gewiß deutlich, daß die lebendige Verkündigung der Wahrheit und Gerechtigkeit Gottes einen Angriff bedeutet auf die Trägheit und Lauheit unseres Christentums in Kirchen und Kapellen. Die hergebrachten und bestehenden politischen und religiösen Verhältnisse werden dadurch erschüttert. Die wirkliche und lebendige Hoffnung auf das Kommen Christi und seines Reiches bedeutet einen Angriff auf eine jenseitsflüchtige und jenseitsflüchtige Frömmigkeit, die in Ihren Kreisen so oft gepflegt wird. Nicht nur das persönliche Leben wird von Gott her verändert und erneuert, sondern die ganze Welt, alle inneren und äußeren Verhältnisse. Und Christus gibt keine Ruhe, bis alles zu seinen Füßen liegt.

Ist es nun nicht so, daß Ihnen dieser Angriff des Wortes und der Wahrheit Gottes zum Aergernis geworden ist und daß Sie mit dem Nein bewußt oder unbewußt dieses Aergernis loswerden wollten? Gewiß, man kann wohl einen unbequemen Prediger auf die Straße stellen, aber die Wahrheit selber können Sie nicht unterdrücken. Sie aber, die Wahrheit, die Wahrheit und die Gerechtigkeit des Reiches Gottes in Jesus Christus, und nicht die Mehrheit und die brutale Gewalt wird zuletzt siegen. Das ist die Hoffnung einer betenden und kämpfenden Gemeinde, das ist die Hoffnung des Evangeliums.

Wäre es nicht vor allem Ihre Aufgabe, die Aufgabe einer wahrhaft evangelischen Volkspartei, auf diese Botschaft in Zukunft etwas besser und genauer zu hören? Indem ich Sie dazu auf dem Grund des Evangeliums ermahne, bleibe ich
Ihr

Embrach, 26. Februar 1946.

F. Tobler, Pfarrer.

Weltrundschau

Vom Chaos zur Ordnung Beim Blick in die Welt hinaus enthüllt sich uns allen, einerlei wo wir stehen, immer wieder die eine überragende Tatsache: der zweite Weltkrieg hat ein ungeheuerliches, anscheinend noch fortwährend zunehmendes *Chaos* hinterlassen. Die Welt scheint außer Form gekommen zu sein. Politische und gesellschaftliche Ordnungen, die jahrhundertlang feststanden, sind in ihren Grundfesten erschüttert und lösen sich mehr und mehr auf. Neue Kräfte drängen allerorten ans Licht und suchen, zum Teil unter heftigen Zuckungen, Gestalt zu gewinnen. Im Völkerleben löst eine Spannung die andere, ein Konflikt den anderen ab. Die riesigen Menschenmassen Asiens und auch schon Afrikas sind in revolutionärer Bewegung. Aufstände und Unruhen flackern an allen Ecken und Enden

empor. Dazu ist nun, infolge der Kriegswirkungen und einer außerordentlichen Trockenheit, ein Lebensmittelmangel eingetreten, der in einer Reihe von Ländern zur eigentlichen Hungersnot zu führen droht. Die Flüchtlings- und Kindernot in Europa schreit schon jetzt zum Himmel. Die Wirtschaft der halben Welt ist zerrüttet und gelähmt und treibt auch in der anderen Hälfte, trotz vorläufiger Hochkonjunktur, schon wieder einer allgemeinen Krise entgegen. Und dahinter steht die ganze geistige und sittliche Verwirrung und Verwilderung, die zugleich Ursache und Wirkung des materiellen Chaos ist, und deren augenfälligstes Symptom die offenbare Unfähigkeit der Menschen ist, die unheimlichen Sprengwirkungen der entfesselten Atomkraft zu beherrschen.

Die Aufgabe, dieses unendliche Chaos zum *Kosmos*, zur wirklichen Weltordnung, zu formen, drängt sich den Völkern mit Urgewalt auf; ohne ihre Erfüllung wird die Menschheit wohl überhaupt nicht mehr gesittet weiterleben können. Die Schaffung einer *neuen Weltgemeinschaft und Völkereinheit* ist ja überhaupt das Grundthema der europäischen Geschichte geworden, seitdem die geistige und organisatorische Einheit der mittelalterlichen Gesellschaft zerfallen ist, weil die alte Ordnung den neuen seelischen, wirtschaftlichen und politischen Kräften, die damals aufbrachen, nicht mehr gewachsen war. Die Folge waren ein gemeinschaftsfeindlicher Individualismus, eine „eigengesetzliche“ Wirtschaft und ein sich souverän fühlender Nationalismus, und was zuletzt daraus geworden ist, das haben wir Zeugen zweier Weltkriege ja selber miterlebt.

Ordnung, Gemeinschaft, Sicherheit — das ist deshalb die große Losung der Zeit geworden. Aber nun kommt alles darauf an, daß diese Losung auch *recht* verstanden wird. Denn bereits sind wieder die wohlbekannten *falschen* Ordnungsmächte am Werk, die, sei es als politische und soziale Reaktion, ja als neuer Faschismus, sei es als klerikaler Absolutismus, mit autoritären und totalitären Mitteln, mit äußerem Zwang und eigenwilligem Machen Einheit und Zusammenhalt schaffen wollen, aber tatsächlich das Chaos nur noch riesenhaft vermehren müssen, wenn man sie walten läßt. Es gilt darum auf *rechte* Weise die Welt wieder in Form zu bringen: auf Grund der — wir dürfen es hier ja aussprechen — feststehenden Ordnungen des Gottesreiches, und das heißt, menschlich gesprochen, auf dem Boden der Freiheit und Gerechtigkeit, einer neuen Demokratie und eines neuen Sozialismus, die dann *von selber* Ordnung, Gemeinschaft und Sicherheit auch in der Völkerwelt wirken werden.

Die west-östliche Spannung Das ist, so glauben wir, der Leitgedanke, unter den gerade auch die Weltereignisse der Berichtszeit gestellt werden müssen. In ihrem Mittelpunkt steht überdeutlich der *russisch-angelsächsische Gegensatz*, den Winston

Churchills Rede in Fulton so dramatisch plakatiert hat. Schon die erste Tagung der Vereinten Nationen, die kurz nach Abschluß unserer letzten Monatschau zu Ende ging, stand ja ganz im Zeichen einer scharfen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und Großbritannien, wobei Amerika noch eine gewisse Vermittlerrolle spielte. Diese Auseinandersetzung ist seither mit unverminderter Heftigkeit weitergegangen, ja sie hat an Bitterkeit und Schärfe noch zugenommen, so sehr, daß nach einer Washingtoner Meldung gewisse amerikanische Radiokommentatoren (dieser neue Beruf gehört ja zu den verantwortungsvollsten, aber auch zu den am verantwortungsloosesten ausgeübten Tätigkeiten auf dem Gebiete der Meinungsbildung) „die Nerven ihrer Millionen von Zuhörern mit Prophezeiungen über die Unvermeidlichkeit eines dritten Weltkrieges aufpeitschen“.* Es waren vor allem die demonstrativ angekündigten neuen russischen Rüstungen, die angeblich von einer „unsichtbaren Hand“ ausgelösten Unruhen in Ägypten und Indien, die russischen Forderungen an die Türkei, eine bedrohlich aussehende russisch-chinesische Spannung, die so merkwürdig aufgezugene kanadische Spionagegeschichte und die gereizte, aber reichlich heuchlerische Diskussion über das Verbleiben russischer Truppen in Nordpersien, was diesen Eindruck nahe bevorstehender friedensgefährlicher Ereignisse erzeugt hatte. Und nun ist dazu also der wohl vorbereitete und kunstgerecht geführte Coup Churchills gekommen, der, von dem immer noch großen Kriegsruhm des alten Kämpfers umstrahlt, den Gegensatz zwischen Ost und West vollends auf die Spitze getrieben hat.

Denn Churchills Rede und die ganze dahinter stehende Haltung kann ja nicht anders denn als für die Friedenssache *verhängnisvoll* bezeichnet werden. Churchill hätte völlig recht gehabt und dem Weltfrieden einen Dienst leisten können, wenn er sich auf die Feststellung beschränkt hätte, daß sich neuerdings Unsicherheit und Mißtrauen gefährlich über die Völker legen und in dieser Atmosphäre das Werk der Vereinten Nationen unmöglich gedeihen könne, und wenn er dann gangbare Wege zu zeigen versucht hätte, um die Organisation der kollektiven Sicherheit dennoch zum Erfolg zu führen. Aber er setzte sich sofort ins Unrecht, indem er für den gegenwärtigen Weltzustand in erster Linie, ja fast ausschließlich, die Sowjetunion verantwortlich machte und sie damit in eine Rolle hineindrängen wollte ähnlich derjenigen, die Hitlerdeutschland vor dem zweiten Weltkriege gespielt hat.

Churchill sprach eben durchaus als der konservative Imperialist, der er immer war, der das Britische Reich als *Empire*, als Herrschaftsorganisation, auf dem Untergrunde der kapitalistischen Gesellschaftsverfassung aufrechterhalten will, während es doch nur mehr als *Commonwealth*, als freie Völkergemeinschaft, auf dem Boden einer neuen, solidaristischen Wirtschafts- und Sozialordnung weiterleben kann. Und

* „Neue Zürcher Zeitung“ Nr. 339.

er sprach gleichzeitig als unverföhnlicher, ja bornierter Haßler des Sozialismus und des Kommunismus, der von Anfang an die russische Revolution und die bolschewistische Bewegung als den Inbegriff schändlichsten Verbrechertums erklärt hat*, der noch im letzten Jahr die britische Labourpartei als Schrittmacherin des Nazismus und der Gestapo denunzierte, und der nun die westliche Welt und insbesondere die angelsächsischen Völker, die er zu einem förmlichen, aufs höchste gerüsteten Einheitsblock zusammenschweißen will, zwar noch nicht zum Kreuzzug, aber doch zum schlagbereiten Abwehrkampf gegen die „wachsende Gefahr für die christliche Zivilisation“ aufruft, die aus der unheimlichen Wühlarbeit der „kommunistischen fünften Kolonne“ entstanden sei.

Daß Churchill mit dieser gänzlich verzerrten Darstellung der Weltlage den Beifall der vereinigten Reaktionäre aller Länder von Los Angeles bis Bülach-Dielsdorf gefunden und überall, wo man auf einen dritten Weltkrieg spekuliert, besonders auch in Deutschland, wilde Hoffnungen erweckt hat, ist selbstverständlich. Was aber als weniger selbstverständlich erscheint, das ist der Umstand, daß er mit seiner Rede — so beflissen sie auch als die eines bloßen Privatmanns ausgegeben wurde — offenbar zum Teil auch die Auffassung der britischen Labourregierung ausgedrückt hat, zum mindesten die ihres Außenministers Bevin, der schon an der Versammlung der Vereinten Nationen — gewiß sehr im Widerspruch zu seiner tatsächlichen Gesinnung — als Vorkämpfer einer Weltkoalition gegen die Sowjetunion erschienen ist. Churchill ist nach Kriegsende vom englischen Volke mit gesundem Sinn aus der Leitung der britischen Politik ausgeschaltet worden; jetzt sucht er sich, inoffiziell zwar, von neuem einzuschalten, und die Labourregierung, deren bisherige Politik er scharf durchkreuzt, bringt nicht die Kraft auf, ihn unzweideutig abzuschütteln. Das ist recht bedenklich. Denn die russisch-angelsächsische Spannung wird durch die „Churchill-Politik“ ja ganz gewiß nicht gemildert oder einer friedlichen Lösung zugeführt, sondern nur noch gefährlich erhöht und verschärft. Wenden wir uns darum nunmehr Rußland selber zu und fragen wir: Ist die Sowjetunion wirklich

* In einem Aufsatz über Trotzki, der in seinem Buch „Große Zeitgenossen“ enthalten ist, schrieb Churchill beispielsweise: „Die Methode der gewaltsamen Durchdringung ist ein so wesentlicher Bestandteil der kommunistischen Weltanschauung wie die Lehre selbst... Wenn dann die Zeit reif und die Gelegenheit günstig ist, muß jede Art blutiger Gewalt vom Massenaufstand bis zum Einzelmord ohne Maß oder Reue angewandt werden.“ Churchill brachte es denn auch fertig, den spanischen Bürgerkrieg als das Ergebnis einer „kommunistischen Verschwörung“ hinzustellen, „die Spanien gegen den Willen einer überwältigenden Mehrheit von Spaniern auf beiden Seiten in das gegenwärtige gräßliche Blutbad getrieben hat“. Und mit Anspielung auf Stalin bemerkte er, das einzige, was Trotzki erreicht habe, sei, „daß nun ein anderer ‚Genosse‘, sein Untergebener in der revolutionären Rangordnung, ihm nachstehend an Verstand, wenn auch vielleicht nicht an Verbrechen, an seiner Statt regiert“. So kann man natürlich auch Geschichte schreiben!

der große Störefried, der Weltfeind Nr. 1, als der sie jetzt in der öffentlichen Meinung fast sämtlicher Länder, nicht zuletzt auch der Schweiz, hingestellt wird?

Russlands

Sicherheitsstreben

Rußlands Haltung ist gewiß nicht ganz leicht zu deuten. Doch steht für uns — wie wir hier schon vor Monatsfrist sagten — durchaus fest, daß die entscheidende Triebkraft der gegenwärtigen Außenpolitik Moskaus ein auf schwere Erfahrungen gegründetes, schier grenzenloses *Mißtrauen gegen die Westmächte* ist und ein daraus fließendes ungeheures Bedürfnis nach Sicherung gegen einen zusammengefaßten Angriff der westlichen Welt auf die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Der neue dreifache Fünfjahresplan, der Rußland bis zum Jahr 1960 auch wirtschaftlich ganz unabhängig und unangreifbar machen soll, steht ebenso im Dienste dieser Sicherungspolitik wie der vorgesehene umfassende Ausbau der militärischen Rüstungen der Sowjetunion. Und auch anscheinend offensive Gebärden der russischen Diplomatie wie ihre Manöver um Bornholm und ihre Ansprüche auf die Dardanellen und Tripolis sind nur von hier aus zu verstehen: als Ausdruck des Strebens Rußlands, das sich nicht dauernd in der Ostsee und im Schwarzen Meer einschließen lassen will, nach freiem Zugang zur Nordsee und zum Mittelmeer.

Sicherheitsstreben war es gleichfalls, was die Sowjetunion 1939 zu ihrem Präventivkrieg gegen *Finnland* verleitete, und wenn jetzt einige der Anzettler des finnischen Revanchekrieges auf russisches Begehren zu — übrigens glimpflichen — Freiheitsstrafen verurteilt werden mußten, so ist das zwar für das rechtsbürgerliche Finnland eine Demütigung, aber doch keine unverdiente. Vergessen wir doch drei Tatsachen nicht. Erstens: Die finnischen Machthaber, mit dem ehemaligen zaristischen General Baron Mannerheim an der Spitze, haben nach dem ersten Weltkrieg mit tatkräftiger deutscher Unterstützung Zehntausende von „Roten“ abgeschlachtet oder elend zugrundegehen lassen. Zweitens: Die herrschenden Kreise Finnlands haben noch heftiger als die führenden Schichten der bürgerlichen Demokratien Westeuropas mit dem Dritten Reich sympathisiert, das für sie der sicherste Schutzwall gegen Sozialismus und Kommunismus war. Und drittens: Der finnische Generalstab und die finnische Reaktion hätten einem deutschen Versuch, von der Mannerheimlinie aus das nahegelegene Leningrad anzugreifen, kaum Widerstand geleistet, sodaß sich die Russen eben entschlossen, einem solchen Angriff zuvorzukommen. In diesem „Kaum“ liegt freilich auch die ganze Unsicherheit der russischen Rechnung; indem die Russen daraus ein „Sicher nicht“ machten, luden sie Schuld auf sich. Man soll der Vorsehung nicht ins Handwerk pfuschen! Auf jeden Fall aber steht fest, daß spätestens seit 1939 das offizielle Finnland alles auf Hitlers Karte gesetzt hat. Es hätte gegen Europas Unterwerfung

unter den Nazismus nicht das Mindeste einzuwenden gehabt, wenn es dabei nur selber — vermeintlich — auf seine Rechnung gekommen wäre. Und dafür muß es nun eben büßen.

Es darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnert werden, daß Großbritannien anfangs 1940 — unter Chamberlain und Hore-Belisha — ernstlich mit dem Plan umging, ein Expeditionskorps nach Finnland zu entsenden, was zu dem Krieg mit Deutschland hin mit Sicherheit auch den Krieg mit der Sowjetunion bedeutet hätte. Es war, nach dem Ausdruck des englischen Militärschriftstellers Liddell Hart, vor allem „gefühlsmäßige Antipathie gegen die Sowjets“, was diese Abenteuerpolitik inspirierte. Darf man sich wundern, wenn die Russen heute wieder an diese und ähnliche Dinge denken und dem Westen einfach nicht trauen, besonders wenn derartige Reden geführt werden wie Churchills neueste Anklagerede gegen die Sowjetunion?

Kapitalismus

gegen Sozialismus?

In den vergangenen Wochen ist ohnehin ein bestimmter Beweggrund der russischen Haltung gegenüber dem Westen besonders deutlich hervorgetreten: der auf einen vergrößerten Marxismus gestützte Glaube, daß es vor einem endgültigen Siege des Sozialismus noch einmal zu einem letzten, weltweiten Waffenkampf mit dem Kapitalismus kommen müsse, wobei die sozialistischen Parteien des Westens kurzerhand zu Helfershelfern der bürgerlich-kapitalistischen Klassen erklärt werden.

Wie falsch dieser Glaube ist, und wie verhängnisvoll er dazu beigetragen hat, daß Rußland im Sommer 1939 — gereizt durch schwere Fehler Englands, Frankreichs und Polens — das Bündnis mit den Westmächten ausschlug und sich mit Hitler arrangierte, den Stalin durchaus nicht niedriger einschätzte als Chamberlain, Daladier usw., das scheint man jetzt allmählich auch in kommunistischen Kreisen einzusehen.* Der Glaube an einen wahrscheinlichen kapitalistisch-sozialistischen Endkampf ist heute, wo die kapitalistische Welt weniger als je eine Einheit ist und starke sozialistische Kräfte wohl jeden Krieg gegen die Sowjetunion zu verhindern wüßten, doppelt unbegründet — aber eine Tatsache ist er gleichwohl, und die internationale Politik muß beständig mit ihm rechnen.

Dabei hat man freilich eines im Auge zu behalten: Die jüngsten Äußerungen russischer Staatsmänner über die Kriegskräfte im Weltkapitalismus sind im Verlauf eines *innerpolitischen* Feldzuges getan worden. In der Sowjetunion haben ja die Wahlen zur Volksvertretung stattgefunden — was man eben dort so „Wahlen“ heißt, und was mit freier Stimmabgabe ungefähr ebensoviel zu tun hat wie der

* Siehe zum Beispiel die Stalinbiographie des englischen Kommunisten J. Murphy, der darüber sehr offen redet.

früher im Solothurnischen üblich gewesene Brauch, die Arbeiterschaft ganzer Fabrikbetriebe in geschlossenem Zug, die Musik voran, zum Stimmlokal zu führen und sie nachher mit Freibier zu bewirten... Item, die Kriegsgefahr wurde während einer Aktion heraufbeschworen, die den Zweck hatte, eine möglichst imponierende Vertrauenskundgebung für die Staatsführung zu erzielen, und es könnte wohl sein, daß die alte, bewährte Methode, äußere Spannungen zu übertreiben, um das Regime im Inneren zu stützen, auch in der Sowjetunion geübt wurde, dies umsomehr, als der Krieg und nachher die Berührung der russischen Armeen mit dem Auslande demokratischen Bestrebungen in den Sowjetvölkern nicht geringen Vorschub geleistet zu haben scheint.*

Die notwendige Umkehr Wie dem aber auch sei: eine Politik wie diejenige Churchills und der von ihm vertretenen Welt kann

nicht anders als dem russischen Mißtrauen gegen den Westen neue Nahrung geben. Die russische These von einem sich schicksalhaft nähernden Zusammenprall zwischen der sozialistischen Welt des Ostens und der kapitalistischen Welt des Westens hat durch den bedeutendsten Wortführer dieses Westens scheinbar eine schlagende Bestätigung erfahren; wer wird erstaunt sein, wenn die Leiter der Sowjetunion daraus die entsprechenden Folgerungen ziehen?*** Man hat von einer Wende gesprochen, die durch Churchills Rede in der internationalen Politik angebahnt worden sei, und eine Wende kann sie auch wirklich bedeuten, eine Wende zum Guten sogar, aber nur dann, wenn sie dem Westen Anlaß gibt, sich von *seinem* Imperialismus und *seiner* Machtpolitik abzuwenden und dadurch Rußland zu helfen, sein Mißtrauen und seine Furcht zu überwinden. Was insbesondere nötig ist, das ist der *Verzicht des Westens* auf jeden Versuch einer *Blockbildung*, die gegen die Sowjetunion gerichtet erscheinen könnte, aber auch eine Gestaltung der inneren Politik und der Wirtschaftsordnung der westlichen Länder, welche die kapitalistischen Kriegskräfte ausschaltet und in der Sowjetunion als aufrichtige, völlig ernst zu nehmende Wendung zum *Sozialismus* hin anerkannt werden muß. In dem Maße, als die Sowjetunion den Glauben an die friedlichen Absichten und Kräfte des

* In der „Weltwoche“, die freilich als Informationsquelle mit Vorsicht zu benutzen ist, schreibt Nikolaus Basseches sogar: „Als erste, zumindestens vorläufig einzige demokratische Errungenschaft in westlichem Sinne ist in Rußland jetzt die Schimpffreiheit (?) zugelassen. Man kann auf die Regierung, auf einzelne, auch selbst auf die höchsten Regierungsmitglieder, ja selbst auf die gefürchtete politische Polizei in aller Öffentlichkeit und ohne Rückhalt schimpfen. Eine politische Organisation darf man allerdings nicht bilden. Es scheint auch gar nicht, daß es in der Sowjetunion im Augenblick jemand versuchen möchte.“

** Die rücksichtslos offene Antwort Stalins an Churchill bestätigt das hier Gefagte bereits. Der britische Kriegspräsident gilt eben in der Sowjetunion mit Recht immer noch als eine der allereinflussreichsten Persönlichkeiten in der angelsächsischen Politik. 14. März.

Westens gewinnt, wird es ihr auch leichter fallen, den Weg zu der Politik kollektiver Sicherheit zurückzufinden, den sie in der Aera Litwinow völlig ehrlich gegangen ist, und auf dem sie durch die westlichen Demokratien so grausam enttäuscht wurde. Und im gleichen Maße wird die Sowjetunion auch den Weg zur *politischen* Demokratie — wenn schon nicht zu deren bürgerlichen Formen, — finden, den Lenin im Anfangsstadium der russischen Revolution gehen wollte, von dem aber Rußland durch die vom westlichen Kapitalismus und auch von Churchill begünstigten Interventionskriege und dann erst recht durch die deutsche Kriegsdrohung mehr und mehr abgedrängt wurde — hin zur Diktatur, zum Terror und zum Bürgerkrieg in Permanenz.

Der Sowjetunion wird freilich eine große *eigene* Anstrengung nicht erspart bleiben, wenn ihr Verhältnis zum Westen in Ordnung kommen soll. Ihre heutige Politik ist ja nicht nur die *Folge* der Unorganisiertheit der modernen kapitalistisch-imperialistischen Welt; sie ist auch selber wieder *Ursache* von Unordnung und Unsicherheit. Es muß daher auch von ihr gefordert werden, daß sie die Methode der „Sicherung aus eigener Kraft“ zugunsten derjenigen der solidarischen Friedenssicherung aufgebe und den Fehlerkreis, in den sie sich eingeschlossen hat, durchbreche, indem sie auf fremdes Mißtrauen und fremde Herausforderung nicht immer wieder mit eigenem Mißtrauen und eigener Herausforderung antwortet und so die andere Seite aufs neue reizt und unsicher macht. Gleiches zieht Gleiches an, und wie sich die Äußerungen des Bösen gegenseitig stärken und steigern, so genau auch die Äußerungen des Guten, dem man sich anvertraut. Es waltet hier eine tiefe Gesetzmäßigkeit, die freilich — auf diese letzten Zusammenhänge stößt man immer wieder — von den Menschen der Sowjetunion kaum anerkannt werden wird, ohne daß sie über jenen pseudowissenschaftlichen Positivismus und Materialismus hinauskommen, der bei ihnen jetzt so hoch im Kurse steht. Politische Freiheit, soziale Gerechtigkeit und internationale Rechtsordnung sind schließlich nur dort möglich, wo sie in der zu ihnen gehörigen Lebensanschauung einen festen Grund haben.

Die Erhebung der farbigen Welt

In ihrer Auseinandersetzung mit dem Westen, eingeschlossen immer Amerika, hat die Sowjetunion einen besonders starken Trumpf in der Hand: ihren Einfluß auf die nach Freiheit lechzenden „Kolonialvölker“ Asiens und Afrikas. Und daß sie diesen Trumpf auch auszuspielen weiß, sah man nicht allein an der Tagung der Vereinten Nationen, sondern bemerkt es auch seither. Die Sache ist zwar nicht so einfach, daß man kurzerhand die Sowjetunion für die zunehmende Verschärfung des Kampfes zwischen den farbigen Völkern und den weißen „Herrenrassen“ verantwortlich machen könnte. Die ganze russische Propaganda und Diplomatie — Churchills „fünfte Kolonne“ —

bliebe wirkungslos, wenn nicht die soziale und nationale Revolution in der Sowjetunion auf die farbigen Völker, die zumeist unter entsetzlichen Bedingungen, in Armut, Schmutz, Krankheit und Unwissenheit, dahinleben, eine ungeheure Anziehungskraft ausübte. Das Sowjetbeispiel — und das bleibt eine der großartigsten Leistungen des neuen Rußland — beweist tatsächlich, was aus zurückgebliebenen, schlafenden Nationen werden kann, wenn sie tatkräftig und planvoll zu bewußtem Eigenleben erweckt und zu einem würdigen Kultur- und Wirtschaftsleben emporgehoben werden. Und dieses Beispiel fürchten und hassen die Imperialisten aller Länder begreiflicherweise wie die Pest!

Auf diesem Hintergrund muß man das ganze Ringen der farbigen Welt um Freiheit und Aufstieg sehen. Es weist im einzelnen die mannigfaltigsten Züge auf. In *Aegypten* wird nach den jüngsten Unruhen zäh um das Ausmaß der Machtstellung verhandelt, das Großbritannien künftig am Nil und am Suezkanal noch verbleiben soll. Daß *Syrien* und der *Libanon* von fremder Besatzung freiwerden, ist nur mehr eine Frage der Zeit. Der *allarabische* Bund spielt die Sowjetunion geschickt gegen Großbritannien aus, zum Unglück für die *Juden*, die einen Verzweiflungskampf um die Oeffnung Palästinas für die Reste ihres Volkes führen. *Irak* verlangt eine Revision seines Vertrages mit Großbritannien. *Persien* verhandelt, gemäß dem Beschluß des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, direkt mit der Sowjetunion, ohne bisher zu einem sichtbaren Erfolge gelangt zu sein. Insbesondere die Frage von Aserbeidschan bleibt weiterhin in der Schwebe. Bei der Beurteilung dieses Problems muß man sich stets gegenwärtig halten, daß Persien seit bald einem Jahrhundert ein Zankapfel zwischen Briten und Russen ist, daß von einer selbständigen Politik dieses von Korruption zerfressenen feudal-absolutistischen Pufferstaates nie die Rede war, und daß sich Engländer und Russen in bezug auf Imperialismus hier gegenseitig wirklich nicht viel vorzuwerfen haben. Wenn eine der beiden Streitparteien neuerdings zu kurz gekommen ist, so die Sowjetunion, die 1921, im ersten Schwung der Revolution, auf alle ihre Vorrechte in Persien verzichtete, während Großbritannien auf seinen Machtstellungen in Politik und Wirtschaft (Erdöl!) sitzen blieb und sie noch weiter ausbaute. Und wenn die Sowjetunion nun Aserbeidschan, das, militärisch angesehen, das Vor- und Deckungsfeld ihrer wichtigsten Oelgebiete darstellt, unter ihren Einfluß zu bringen sucht, so ist das — im Zusammenhang mit ihrer allgemeinen Sicherheitspolitik — um so weniger überraschend, als die Bevölkerung dieser persischen Grenzprovinz gleichen Stammes wie diejenige von Russisch-Aserbeidschan und dem Sowjetregime lebhaft zugeneigt ist.

In *Britisch-Indien* deuten die Matrosenmeutereien und die schweren Ausschreitungen in Bombay, Karachi, Neu-Delhi, Kalkutta usw. darauf hin, daß es, wie wir schon in der Februar-Rundschau sagten, für

England höchste Zeit ist, den Völkern dieses 400-Millionen-Kontinentes die volle Unabhängigkeit zu geben. Die politisch denkenden Inders, auch die mohammedanischen, sind sich in ihrer Entschlossenheit, mit nichts Geringerem zufrieden zu sein als mit der Räumung Indiens durch die Briten, vollkommen einig, und wenn nicht — nach dem Ausdruck eines Inders in einer Londoner Zeitschrift — die schon brennende Zündschnur von einem Augenblick auf den anderen die Explosion herbeiführen soll, dann muß die Labour-Regierung *rasch* handeln. Möge sie sich nicht durch Prestige- oder Interessenrücksichten die Erkenntnis trüben lassen, daß Sozialismus zuhause und Imperialismus draußen unmöglich zusammengehen!

In *Holländisch-Indien* scheint die Lage durch ein Verständigungsangebot der holländischen Regierung und die Zurückziehung der britisch-indischen Truppen vorläufig entspannt zu sein. Da aber die Holländer — trotz ihrer mehr oder weniger sozialistischen Regierung — mit ihrem Selbstverwaltungsangebot an die Eingeborenen auf halbem Wege stehengeblieben sind und die volle Unabhängigkeit Indonesiens erst für eine „spätere Zukunft“ ins Auge fassen, so ist es zweifelhaft, ob sich die Eingeborenen, und zwar die „Gemäßigten“ wie die „Extremisten“, auf die Länge mit dem holländischen Entgegenkommen begnügen werden. Ähnlich steht es in *Französisch-Indochina*, von dem ein Teil, Annam, jetzt zum sich angeblich selbst verwaltenden Dominion erhoben werden soll, unter energischer Aufrechterhaltung der französischen Oberherrschaft im ganzen Reiche freilich. Die Interessenten der Kolonialausbeutung wehren sich auf jeden Fall wacker für ihre „Privatinitiative“.

In *China* ist der Gegensatz zwischen der Volkspartei Tschiang-Kai-Scheks und den sogenannten Kommunisten, zugleich aber derjenige zwischen der Regierung der Republik und der Sowjetmacht neuerdings aufgeflammt. In *Japan* aber, dem der amerikanische Militärkommandant eine demokratische Verfassung diktiert hat, steigt der Kaiser, der als „Sohn der Götter“ bis vor kurzem noch unnahbar und in gläubiger Scheu verehrt über dem irdischen Getümmel thronte, zum Volk hinunter und mischt sich im Straßenanzug und Filzhut unter gewöhnliches Fabrikproletariat — wahrlich, eine erstaunliche Revolution, und zwar eine echte, weil ins innerste Zentrum des Absolutismus vorstoßende!

Im Blick auf die unabsehbare Umwälzung, von der so die farbige Welt ergriffen ist, muß uns freilich eines immer klar bleiben: diese ganze Freiheitsbewegung wird den Völkern Asiens und Afrikas nur dann zum Heil ausschlagen, wenn ihr auch eine große *Einheitsbewegung* entspricht. Es war mehr als eine patriotisch-imperialistische Redensart, wenn Minister Bevin im Unterhaus ausrief, er sei nicht gewillt, „das britische Reich zu opfern; denn wenn dieses Reich zerfiel, dann würde die größte Vereinigung freier Nationen untergehen und

eine eigentliche Katastrophe entstehen“. Mit bloßer Freisetzung der nationalen Kräfte ist es nirgends getan; wenn das Weltchaos nicht unheilvoll gesteigert werden soll, dann ist eine neue Zusammenfassung der farbigen Rassen in regionalen und kontinentalen Bündeln auf dem Boden der Vereinten Nationen nötig. Die bisherigen Kolonialmächte können dabei eine wertvolle Rolle spielen.

Die französische Krise Wenden wir uns vom fernen und näheren Osten unserem winzigen Europa zu, das heute kaum mehr als ein bössartiger Wurmfortsatz Asiens ist, so muß vor allem ein Wort zur Lage in Frankreich gesagt werden, wenn auch nur andeutungsweise, wie allzuviel in dieser Rundschau. Denn Frankreich steht in großer Gefahr. Seine Wirtschaft, insbesondere die Lebensmittelversorgung, und sein Staatskörper sind tief zerrüttet, und Leute, die es wissen können, befürchten einen baldigen Zusammenbruch, wenn nicht noch vorher „Ordnung geschafft“ werde.

Wo aber sind heute in Frankreich die Ordnungsmächte? Es gibt deren eigentlich nur zwei, und beide sind das, was ich *falsche* Ordnungsmächte genannt habe. Auf der einen Seite stehen die *Kommunisten*, die größte, am besten organisierte und dabei am entschlossensten revolutionäre Partei des Landes, die „das Vertrauen und die Kraft der ungeheuren Mehrheit und vor allem des am meisten dynamischen Teiles der Arbeiterschaft“* hinter sich hat. Auf der anderen die *Neufaschisten*, die noch über keine Einheitsorganisation verfügen — die bedeutendste Gruppierung der Rechten ist vorerst die „Republikanische Freiheitspartei“ —, aber als Sachwalter der „zweihundert Familien“ (das heißt des Großbürgertums), der reaktionären Offizierskreise und der alten konservativen Mächte in Staat und Gesellschaft ebenso rücksichtslos zur Alleinmacht drängen wie die Kommunisten. Zwischen diesen beiden „Blöcken“ droht sich die große politisch-soziale Auseinandersetzung abzuspielen und spielt sich zum Teil schon jetzt ab.

Die tatsächliche Lage wird gegenwärtig noch verschleiert durch die Fassade der Dreiparteienregierung, deren Kern die Sozialisten sind, während die Kommunisten, trotz loyaler Mitarbeit, eher „auf Abbruch“ dabei sind und die Christlichsozialen (Mouvement Républicain Populaire) offen ihren Anschluß an die Rechte vorbereiten. Und so gut gemeint auch das Wiederaufbau- und Sanierungswerk der Regierung Gouin-Philip ist — es fehlt ihm offenbar doch die nötige Radikalität, zumal da die Sozialistische Partei mindestens ebenso stark im Kleinbürgertum wie in der Arbeiterschaft verwurzelt ist und ihr Ideal mehr in einer Politik der Mitte als in einem klaren Linkskurs sieht. Es muß schon ein neuer, dem besten Geiste der Widerstandsbewegung ähnlicher Schwung in die Linke kommen, der auch zu neuen Partei-

* Emanuel Mounier im „Esprit“.

formen führen kann, wenn die *unerläßliche, tiefgreifende Staats- und Wirtschaftsreform* gelingen soll — selbst dann, wenn sich die Regierung Gouin bis zu den Wahlen im Juni halten kann und die Wahlen eine Mehrheit von Kommunisten, Sozialisten und Linksradikalen bringen sollten.

Im Grunde stehen sich eben immer noch „die beiden Frankreich“ gegenüber, die einst Paul Seippel klassisch beschrieben hat*: auf der einen Seite das revolutionäre, freigeistige, jakobinische Frankreich, auf der anderen das gegenrevolutionäre, klerikale, reaktionäre Frankreich, beide aber in der Tradition des römischen Absolutismus verankert, der in Frankreich niemals wirkliche Freiheit, echte Demokratie aufkommen ließ, immer nur autoritäre Mächte, mochten sie nun mehr rot oder mehr schwarz gefärbt sein. Die Erstickung der Reformation im 16. und 17. Jahrhundert erweist sich — ähnlich der Niedererschlagung der Bauern- und Täuferbewegung in Deutschland — aufs neue als das große Unglück der französischen Geschichte. Und dennoch halten wir die Hoffnung auf jenes neue Frankreich fest, das aus einer moralischen und gesellschaftlichen Wiedergeburt unseres westlichen Nachbarvolkes doch einmal sieghaft hervorgehen wird.

Erstarkende Reaktion Nur im Flügel können wir hier einige andere Länder berühren, in denen das Kennzeichen der jüngsten Entwicklung gleichfalls das Erstarken der Rechten oder doch ihre auffallend kräftige Selbstbehauptung mit Unterstützung durch allerlei Weltmächte politischer, wirtschaftlicher und geistlicher Art ist. Das gilt insbesondere von *Belgien*, wo die Kammerwahlen, ähnlich wie in Frankreich, in Oesterreich und Ungarn, einen Massenzustrom zur katholisch-konservativen Partei gebracht haben, die auch hier zum Sammelbecken aller gegenrevolutionären Elemente geworden ist. Auf der Linken sind es — ebenso bezeichnenderweise — vor allem die Kommunisten, die an Einfluß gewonnen haben; ihre Stimmenzahl ist auf mehr als das Doppelte gestiegen, und zwar auf Kosten der einst so stolzen und mächtigen Partei des liberalen Bürgertums, das, wie in Frankreich und England, politisch fast nichts mehr bedeutet, während die Sozialisten ihre freilich ohnehin starke Stellung nur unwesentlich verbessern konnten. Wie unter diesen Umständen Belgien regiert werden soll, ist vorderhand noch unklar, zumal im Senat auf Grund der jüngsten Teilerneuerungswahlen die Linke nur über eine Mehrheit von einer einzigen Stimme verfügt.

In *Italien* stehen Volksabstimmung und Kammerwahlen erst bevor; die Sammlung und Erstarkung der alten „Ordnungsmächte“ — Kapitalismus, Monarchismus, Klerikalismus, ja Faschismus — ist indessen offen im Gang und auch bei den Gemeindewahlen schon zum Ausdruck gekommen.

* In seinem Buch „Les deux Frances“ (1905).

In *Spanien* aber wehrt sich Franco mit verschärfter Schreckensherrschaft verzweifelt um seine Existenz und genießt dabei die tatkräftige Gönnerschaft aller gegenrevolutionären Kräfte der Welt, nicht zuletzt des Vatikans. Das „Nichtinterventions“-Theater, das jetzt erneut aufgeführt wird, gehört zu den widerlichsten und bedenklichsten Erscheinungen dieser an Feigheit und Schändlichkeit ja wirklich nicht armen Zeit*.

Wie die Präsidentenwahl in *Argentinien* ausgefallen ist, steht im Augenblick, da ich dies schreibe, noch nicht endgültig fest, doch scheint ein Zweifel am Siege des Faschistenführers Perón kaum mehr möglich. Der deutsche Nazismus hat sich in diesem Lande weitsehend einen wohlausgebauten Stützpunkt geschaffen, von dem aus weitere süd-amerikanische Staaten erobert werden sollen und teilweise schon fast erobert zu sein scheinen. Eine gefährliche Entwicklung!

Das deutsche Chaos Auch über Deutschland diesmal nur ein paar knappe Bemerkungen. Zunächst: Das *Chaos* in diesem „Reich ohne Mitte“ scheint ärger als je zu sein. Das Versagen des alliierten Besatzungsregimes mit seinem vierfachen „Zonenegoismus“ wird immer offenkundiger (man braucht den Militärs nur irgendeine konstruktive Aufgabe zu stellen, und man kann sicher sein, daß sie alle destruktiven Kräfte entfesseln); bereits müssen ganze Armeen aufgeboten werden, um allfällige Hungerrevolten niederzuschlagen; das Flüchtlingselend ist unbeschreiblich; die politische und moralische Desorientierung des Volkes kann kaum mehr überboten werden. Aus diesem Chaos erhebt sich nun wiederum der „*Felsen Petri*“, der sich einer versinkenden Menschheit auch hier als einzige Rettung anbietet. Bei den ländlichen Gemeindewahlen, die in verschiedenen Teilen Süddeutschlands stattgefunden haben, ist neben den Sozialdemokraten insbesondere die Partei der „Christlichen Demokraten“, die Nachfolgerin des alten (katholischen) Zentrums, obenaufgekommen, wobei die Zusammenarbeit der amerikanischen und neuerdings anscheinend auch der französischen Militärbehörden mit der römischen Kirche, als dem vermeintlich zuverlässigsten Bollwerk der herrschenden Ordnung, höchst planmäßig betrieben wird**.

Anderseits nimmt in der russischen Zone und unter dem ebenso

* Daß auch die rechtsbürgerliche Presse der Schweiz davor warnt, die „Ordnung“ auf der iberischen Halbinsel zu stören, und das Vorhandensein eines Faschismus in Spanien überhaupt leugnet, versteht sich von selbst.

** Ein Bericht aus Deutschland, der in einigen sozialdemokratischen Blättern der Schweiz erschienen ist, stellt eindeutig fest: „Die Macht, die den größten Einfluß heute auf die Deutschen hat, ist die katholische Kirche, und nach der kürzlichen Ernennung von 24 Kardinälen in Rom, von denen sämtliche italienischen und deutschen neuernannten Kardinäle Faschisten oder notorische Nationalsozialisten sind, sieht man, wohin die Kirche steuert.“

ungenierten Druck der Roten Armee der *kommunistische* Einfluß mächtig zu. Ein „prominenter ausländischer Beobachter“ wagte gegenüber einem Vertreter der britischen Nachrichtenagentur Reuter sogar die Voraussage, dank der neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung, welche die Russen einzuführen begonnen hätten, werde in fünf bis sechs Jahren ganz Deutschland kommunistisch sein. Das wird sich ja weisen. Inzwischen darf man schon heute getrost feststellen, daß mit den Mitteln, welche die Alliierten bisher angewendet haben, und die überwiegend auf die Ausübung militärischer Zwangsgewalt von außen her hinauslaufen — scharfes Besatzungsregime, Verhinderung einer Zentralregierung, Abtrennung lebenswichtiger Gebiete im Osten und Westen, vielleicht auch im Süden —, das deutsche Chaos nicht zu bändigen sein wird; im Gegenteil: es wird nur um so gefährlicher werden, besonders wenn es unterlassen wird, die wirtschaftliche Ordnung radikal umzuwälzen und statt dessen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsverfassung mit Säbel und Weihwedel noch künstlich gestützt wird. Eine wirkliche Beruhigung und Neugestaltung Deutschlands wird auf die Länge nur von *innen* her möglich sein, auf Grund einer *freiwilligen* Anerkennung der deutschen Schuld und der Notwendigkeit einer gründlichen Abkehr von den bisherigen Wegen, und das heißt letztlich auf Grund jener nun endlich nachzuholenden geistigen Revolution, die das A und O einer dauerhaften Lösung der deutschen Frage bleibt. Dann mag Deutschland wieder wirklich zum europäischen „Reich der Mitte“ werden und eine Kraft der Einigung und Organisation unseres Kontinentes darstellen, so wie es das vor dem Aufkommen des alle wahre Ordnung zerstörenden preußischen Macht- und Militärgeistes in hohem Grade gewesen ist*.

Die Lage des Sozialismus Diejenige politische Bewegung, die heute vor allem berufen wäre, der Welt eine neue, echte Einheit zu geben, ist ohne Zweifel der *Sozialismus*. Das liegt in seinem tiefsten, ursprünglichsten Wesen begründet. Um so tragischer ist es, daß der Sozialismus zur Erfüllung dieser Aufgabe in seiner gegenwärtigen Verfassung *nicht* fähig ist. Zwei von den drei großen Weltreichen, die der Krieg übriggelassen hat, sind zwar bereits sozialistisch regiert, und ich bin der letzte, der ihre Leistungen für die Umgestaltung unserer ganzen gesellschaftlichen Ordnung verkennt. Allein gerade der weltpolitische Gegensatz zwischen Rußland und England, der jetzt so sehr die Lage beherrscht, wurzelt ja nicht zuletzt in dem

* „Das deutsche Reich des Mittelalters war ein Gegengewicht gegen die Zersetzung Europas und erntete selber allen Segen, der für die europäische Mitte aus solcher Funktion und Bürgerschaft entspringen mußte. Seit diese Funktion eingestellt und diese Bürgerschaft gekündigt wurde, ist ganz Europa aus den Fugen gegangen und Deutschland selber ist zum Zentrum aller Unsicherheit geworden.“ (Fr. W. Förster, Europa und die deutsche Frage.)

Gegenatz, der zwischen Osten und Westen in bezug auf Ziel und Weg des Sozialismus besteht und den geschlossenen Einsatz der sozialistischen Weltkräfte verhindert.

Auf der einen Seite haben wir da die *Sozialdemokratie*, also denjenigen Flügel der gesamtsozialistischen Bewegung, der auf dem Boden der Demokratie — und das heißt heute tatsächlich der *bürgerlichen* Demokratie — kämpfen will und der sich praktisch nicht sehr viel von einer linksbürgerlichen Reformpartei unterscheidet, die nur deshalb „bedingungslos“ zur Demokratie steht, weil es ihr nicht besonders ernst mit dem Sozialismus ist. Die Sozialdemokratie der meisten Länder hat sich in der Tat schrecklich verbürgerlicht; das revolutionäre Feuer ist in ihr fast gänzlich erloschen, und wenn in ihr noch *eine* dauerhafte Leidenschaft brennt, so ist es der Haß gegen die Kommunisten, der immer in erster Linie der bürgerlichen Reaktion zugute kommt.

Auf der andern Seite sehen wir die *Kommunisten*, die trotz allen Verschleierung auf dem Boden der Diktatur stehen, dies aber nur darum tun, weil sie zur Durchsetzung des Sozialismus wirklich blutig ernst entschlossen sind. Ihr oft gefinnungsloser Opportunismus, die grundsätzliche Amoralität ihrer Kampfführung und ihre innere Abhängigkeit von der jeweiligen Politik Sowjetrußlands stößt viele überzeugte Sozialisten ab; doch fühlen sich anderseits große Massen, insbesondere der Arbeiter und der übrigen wirtschaftlich nicht gesicherten Volksschichten von dem revolutionären Schwung und dem politischen Radikalismus, der in den Kommunisten lebt, unwiderstehlich angezogen. Ihnen kommt es entscheidend darauf an, daß mit der ganzen bürgerlich-kapitalistischen Welt samt ihren Krisen und Kriegen nun endlich einmal gründlich aufgeräumt wird, gleichgültig, mit welchen Mitteln, wenn sie nur wirksam sind; der Partei mit den besseren Grundsätzen, denen keine entsprechenden Taten folgen, ziehen sie die Partei mit den schlechteren Grundsätzen vor, weil sie in ihr wenigstens den festen Willen zur sozialistischen Tat zu sehen glauben. An ihren autoritären Methoden stoßen sie sich um so weniger, als äußere Disziplinierung und Uniformierung heute sowieso gewohnte Dinge sind und der Kapitalismus auf Freiheit und Demokratie immer verheerender gewirkt hat, der Kommunismus also der Geisteshaltung eines großen Teiles der modernen Menschheit weithin zu entsprechen scheint.

Einigungs- Das ist die heutige Lage des Sozialismus. Daß ihr mit
bewegungen einer bloß organisatorischen Einigung der Sozialdemokratie mit den kommunistischen Parteien im Grunde nicht abgeholfen werden kann, liegt auf der Hand. Die beiden Flügel der sozialistischen Gesamtbewegung würden sich bei einer solchen Verschmelzung nicht ergänzen, sondern nur lähmen, wenn nicht einfach die eine Richtung durch die andere aufgesogen werden soll. Eine Aus-

nahme stellt höchstens Frankreich dar, wo eine Vereinigung der Kommunistischen Partei mit einer kämpferischen Mehrheit der Sozialistischen Partei Aussicht hätte, „die Revolution in republikanischer Gesetzmäßigkeit durchzuführen, ohne von vornherein die Einmischung Amerikas gegen sich zu haben“*. Grundsätzlich gesprochen wird aber die Einheit der sozialistischen Bewegung nur aus einer neuen Erfassung der Wahrheit des Sozialismus hervorgehen können, die zugleich in die Tiefe gräbt und in die Weite führt und so über alle klassenmäßige Begrenzung der sozialistischen Sache hinaus zur Sache des Volkes selbst wird. Ob die sensationelle Erweiterung der *holländischen* Sozialdemokratie zu einer „Partei der Arbeit“, der auch starke, bisher als linksbürgerlich angesprochene Gruppen — katholische ebenso wie protestantische — angeschlossen sind, diese Bedingungen erfüllt, oder ob sich hier, wie auf bürgerlicher Seite befriedigt erklärt wird, mit der Abschwörung des „Marxismus“ und des „Klassenkampfes“ nicht einfach eine Verwässerung, ja Preisgabe sozialistischen Kerngutes vollzieht, können wir von hier aus vorerst nicht entscheiden. Eindeutiger ist schon der in *Italien* gemachte Versuch, in der „Aktionspartei“ eine Einheit von Demokratie, Liberalismus und Sozialismus herzustellen, freilich ebenfalls unter Abrückung von überlieferten proletarisch-marxistischen Formulierungen**. Doch scheinen sich diese Bestrebungen bisher nur ungenügend durchgesetzt zu haben, so daß die Aktionspartei als Ganzes einen recht unbestimmten, schwankenden Charakter aufweist.

Das lebendigste und erfolgreichste Beispiel einer sozialistischen Volkspartei ist bisher immer noch die *britische Labour Party*, die ihre geistigen Wurzeln im Boden des englischen Protestantismus, besonders seiner freikirchlichen Formen, hat***, die darum *grundsätzlich* demokratisch orientiert ist und doch mehr und mehr zu einem echten Radikalismus vorstößt. Daß die Kommunistische Partei in Großbritannien bisher über ein bloßes Splitterdasein nicht hinausgekommen ist, liegt freilich zum Teil auch daran, daß breite Wählerschichten von der Labourpartei erwarten, sie werde mit britischen Methoden ähnliche soziale Umwälzungen bewirken, wie sie mit russischen Methoden in der Sowjetunion vollzogen worden sind. Wie Margaret Cole in einer Fabelschrift über die Unterhauswahlen vom Juli 1945 feststellt:

„Die Leistung der Sowjetunion im Krieg hat die große Masse der arbeitenden Schichten davon überzeugt, daß sozialistische Planwirtschaft nicht

* So Joseph Rovin in „Servir“ (7. Februar 1946).

** Das hat sehr eindrucksvoll Giuliano Pisichel in der „Critica Sociale“ (15. Okt. 1945) auseinandergesetzt.

*** Ein englischer Schriftsteller bemerkte einmal: „Auf je einen durch das ‚Kapital‘ von Marx zum Sozialismus Bekehrten sind tausend von der Bibel zu Sozialisten gemacht worden.“ (Keith Hutchison, zitiert bei Wertheimer, Das Antlitz der Britischen Arbeiterpartei.)

bloß ein Ideal ist, das ein paar Enthusiasten in einem fernen Lande tapfer in Wirklichkeit umzusetzen suchen, sondern eine gegenwärtige praktische Möglichkeit. Was für Kritik auch von Zeit zu Zeit an bestimmten Seiten des Sowjetlebens oder an Handlungen der Sowjetregierung auftreten mag, der Einfluß von Hammer und Sichel unter den Wählern der Arbeiterklasse geht weit über die Kreise hinaus, die von direkt kommunistischer Propaganda erreicht werden.“

Was geschehen würde, wenn die Labourregierung die Hoffnungen auf radikale Strukturreformen nicht erfüllen sollte*, das ist heute nicht vorzusehen; eine Beseitigung der bisherigen Führerschaft und ihre Ersetzung durch Vertreter eines scharfen Linkskurses ist immerhin wahrscheinlicher als eine Spaltung, die ja in erster Linie die Gewerkschaften, die Hauptträger der Labourpartei, erfassen müßte.

Das eine ist — wenn wir den Blick auf die *internationale* Bewegung richten — völlig sicher: der Sozialismus braucht die aus dem *Glauben* kommenden Kräfte so nötig wie der Mensch die Luft zum Atmen. Bloß mit den Antrieben der Interessenpolitik und des Gruppenegoismus wird er nicht mehr weit kommen, so wenig wie mit einer materialistischen Philosophie und mit bloß naturhaftem Willen zu einer neuen Gesellschaft, besonders wenn sich dieser Wille mit dem modernen Aberglauben an äußeren Fortschritt und an die Wunderwirkungen von Technik und Wissenschaft verbindet. Das gibt immer nur „verhinderte Kapitalisten“, niemals aber wirkliche Sozialisten. Die neue sozialistische Ordnung wird, wie die das Völkerchaos überwindende Weltgemeinschaft überhaupt, zuletzt nur aus dem schöpferischen Geist geboren werden.

11. März 1946.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

«Keine Staatskrise?» Die Träger der alten Schweiz sind bei der Behandlung der verschiedenen, immer bedenklicher gewordenen Affären der letzten Zeit billigen Kaufes weggekommen, oder sie glauben es wenigstens. Alle diese Fäulniserscheinungen und Zerfallsanzeichen, all diese Bereitschaft zur Selbstaufgabe und zur Opferung des innersten Lebensrechtes der Schweiz — das waren für sie nur etwas peinliche Einzelvorkommnisse, die um keinen Preis verallgemeinert werden durften, und denen beileibe keine ernstere Bedeutung zukam, etwa als Ausdruck eines tiefer sitzenden Übels, das am Leben der Eidgenossenschaft nage, oder gar einer irgendwie kritischen Lage von Volk und Land. „Es gibt in der Schweiz keine Staatskrise!“, dekretierte kurzerhand die Neue Helvetische Gesellschaft, die mehr und mehr zur intellektuellen Schutzgarde des alten Regimes geworden ist, und die Systemspreßie nimmt das ebenso bequeme wie gedan-

* Der Chefredaktor des liberalen Londoner „Economist“, Crowther, hat letzthin in einer Unterredung in Zürich gesagt: „Ich fürchte nicht, unsere Labourregierung ändere zuviel an unserem Wirtschafts- und Verwaltungsregime. Ganz im Gegenteil fürchte ich, sie ändere daran nicht genug.“